Deutscher Bundestag **Drucksache 16/3513**

16. Wahlperiode 21. 11. 2006

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Anna Lührmann, Anja Hajduk, Alexander Bonde, Reinhard Loske, Sylvia Kotting-Uhl, Hans-Josef Fell und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN.

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung – Drucksachen 16/2300, 16/2302, 16/3123, 16/3124, 16/31235 –

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

hier: Einzelplan 16 Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der Klimawandel ist die größte ökologische und ökonomische Herausforderung unserer Zeit: Der Handlungsdruck ist enorm. In der einer Studie für die britische Regierung bringt es der frühere Chefökonom der Weltbank Sir Nicholas Stern auf den Punkt: Die drohenden Schäden von mehreren Billionen Euro in Folge eines fortschreitenden Klimawandels könnten die Weltwirtschaft in die schlimmste Rezession seit den beiden Weltkriegen stürzen. Die erwarteten Schäden werden zwischen 5 und 20 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung kosten, während die Kosten einer konsequenten Klimaschutzpolitik nur etwa 1 Prozent des weltweiten BIP betragen. Die Mahnung von Sir Nicholas Stern ist eindeutig: Die Menschheit muss dringend handeln. Dafür bleiben nur noch 10 bis 20 Jahre Zeit. Der Klimawandel ist eine große Gefahr, seine Bekämpfung aber auch eine enorme ökonomische Chance. Der Nutzen aktiver Klimapolitik übersteigt die Kosten des Nichtstuns um ein Vielfaches.
2. Wir brauchen eine ambitioniertere nationale Klimapolitik. Die riesigen Potenziale der Energieeinsparung werden unzureichend genutzt. Dabei sind sie ein zentraler Baustein für den Klimaschutz. Wer Energie spart, spart gerade in Zeiten explodierender Öl-, Gas- und Strompreise auch Kosten. Auch gesamtwirtschaftlich hat die Energieeinsparung enorme Vorteile, denn

sie ersetzt teure Öl- und Gasimporte durch inländischen Ingenieursverstand, Handwerksleistungen und Industrieproduktion. Die meisten Maßnahmen zur Energieeinsparung kommen dem Handwerk und dem Mittelstand zugute. Die Auflage eines Klimaschutzfonds, der durch praktische Anleitungen, Information und finanzielle Unterstützung für mehr Energieeffizienz und -einsparung sorgt, ist daher dringend notwendig. Nach Prognosen des Wuppertal Instituts für Klima, Energie und Umwelt können bis 2010 bis zu 40 TWh/Jahr Strom und über 50 TWh/Jahr Gas gegenüber dem Trend in Deutschland eingespart werden, wenn der Klimaschutzfonds mit jeweils jährlich rund 500 Mio. Euro für Strom und Gas ausgestattet wird. Die Einrichtung solcher Fonds wird von der EU-Kommission ausdrücklich gewünscht. Sie verlangt von den Mitgliedstaaten in Zukunft eine jährliche Energieeinsparung von mind. einem Prozent des Verbrauchs.

3. CO_2-Ausstoß muss durch den Emissionshandel einen angemessenen Preis bekommen. Durch die Versteigerung der Zertifikate des Emissionshandels wird ein transparentes, einfaches Zuteilungsverfahren geschaffen. Die unberechtigten Zusatzprofite der Energieversorger können so abgeschöpft und zugunsten der Verbraucher umverteilt werden. Deutschland sollte daher in der zweiten Phase des Emissionshandels von 2008 bis 2012 zehn Prozent der Emissionszertifikate versteigern. Über eine Auktionierung könnten jährlich mind. 500 Mio. Euro eingenommen werden. Viele andere EU-Länder schlagen diesen Weg bereits jetzt ein. Deutschland sollte Vorreiter und nicht Schlusslicht einer innovativen Klimaschutzpolitik sein. Nach 2012 sollten dann alle Emissionsrechte versteigert werden.

4. Gleichzeitig dürfen klimaschädliche Industriezweige keine staatliche Förderung mehr erhalten. Das gilt insbesondere für die Steinkohle, deren Subventionierung beendet werden muss. Nur so kann sichergestellt werden, dass nicht immer höhere ökonomische und ökologische Folgekosten durch den subventionierten Bergbau entstehen. Zudem muss die RAG die Subventionen an den Staat zurückzahlen, die sie aufgrund der gestiegenen Weltmarktpreise für Kohle zuviel erhalten hat.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. ab dem Jahr 2007 einen Klimaschutzfonds aufzulegen, aus dem innovative Aktivitäten für mehr Energieeffizienz finanziert werden. Dieser Fonds soll in den nächsten 10 Jahren mit insgesamt 5 Mrd. Euro ausgestattet werden;
2. zehn Prozent der Emissionszertifikate ab 2008 zu versteigern und die Einnahmen von mind. 500 Mio. Euro/Jahr ab 2008 dem Klimaschutzfonds zugute kommen zu lassen;
3. die aufgrund des gestiegenen Weltmarktpreises zuviel gezahlten Steinkohlesubventionen zurückzufordern und aus diesen Einnahmen den Klimaschutzfonds für das Jahr 2007 zu finanzieren.

Berlin, den 21. November 2006

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333